

KLIMASCHUTZ DURCH NACHHALTIGKEITSMANAGEMENT

Wie kann die Stadtentwicklung zur CO₂-Minderung beitragen Heidi Sinning, Guido Spohr

Durch die Veröffentlichung des Berichts des Intergovernmental Panel on Climate Change der Vereinten Nationen (IPCC 2007) zu den Auswirkungen des Klimawandels sind Klimaschutz und Energieeffizienz zu zentralen Handlungsfeldern auf nationaler und europäischer Ebene geworden. Den dort formulierten dringenden Handlungsbedarf zu einer deutlichen globalen CO₂-Minderung hat die Bundesregierung aufgegriffen und sich unter anderem zu den Zielen des EU-Aktionsplans zum Klimaschutz, der im Februar 2007 verabschiedet wurde, bekannt. In ihrem Integrierten Energie- und Klimaprogramm vom Dezember 2007 hat sich die Regierung unter anderem verpflichtet, bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasemissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 um 40 % zu reduzieren.

Auch wenn den Städten und Gemeinden im Rahmen der nationalen Klimaschutzbemühungen eine wesentliche Bedeutung zukommt, zeigt sich bislang in der kommunalen Praxis, dass die Ziele der Energie- und Klimaschutzpolitik –

Netzwerkmanagement: In Städten und Gemeinden gibt es bereits zahlreiche Akteure und Akteursnetzwerke, die sich für den Klimaschutz einsetzen. Allerdings werden Schnittstellen und Synergien untereinander und vor allem zwischen den Akteuren der unterschiedlichen Sphären Kommune, Wirtschaft und Bürgerschaft im Sinne eines modernen Governanceansatzes noch zu wenig genutzt.

Verwaltungsorganisation: Klimaschutz und Energieeffizienz sind Ressort übergreifende Querschnittsaufgaben. Insbesondere in kleinen und mittleren Städten fehlen in der Verwaltung oft Fachleute bzw. Personalressourcen und gesonderte Organisationseinheiten (beispielsweise Energie- oder Klimaschutzbeauftragte, wie sie mittlerweile in zahlreichen Großstädten zu finden sind).

Koordination der Ressorts: Aufgrund der Ressortzuschnitte und unterschiedlicher Verfahrensabläufe in der Verwaltung kommt es immer wieder zu parallelen Planungen oder Aktivitäten. Eine mangelnde Verzahnung bspw. von Klima-



Photovoltaik-Anlage auf dem Stadthaus in Rheinberg (Foto: Stadt Rheinberg)

Energieeinsparung, Energieeffizienzsteigerung und Nutzung Erneuerbarer Energien – noch zu wenig umgesetzt werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Stadtentwicklung intensiver zum Klimaschutz beitragen kann. Für die Städte und Gemeinden stellt der Zeithorizont 2020 dabei eine große Herausforderung dar.

STADTENTWICKLUNG UND KLIMASCHUTZ – HEMMNISSE BEI DER UMSETZUNG

Trotz aller Dynamik in der aktuellen Klimaschutzdebatte sehen sich Städte und Gemeinden vielen Hemmnissen in der Umsetzung gegenüber, welche die Umsetzung von Zielen und Programmen erschweren. Beispielhaft seien die folgenden genannt (vgl. u.a. IZT 2007):

schutzkonzepten mit Verkehrsentwicklungs- oder Luftreinhaltplanungen sowie der Bauleitplanung führt zu vermeidbarer Doppelarbeit oder auch zu Konfliktsituationen in der Umsetzungsphase.

Rechtliche Rahmenbedingungen: Insbesondere für den Gebäudebestand, aber auch für die Neubauplanung fehlen oftmals rechtlich festgelegte Standards. Ein Niedrigenergie- oder Passivhausstandard kann bislang nicht im Bebauungsplan vorgeschrieben werden, sondern muss bspw. über städtebauliche Verträge geregelt und ausgehandelt werden.

Kommunale Finanzausstattung: Die angespannte finanzielle Lage vieler Städte und Gemeinden, insbesondere in den neuen Bundesländern, zwingt die Politik und Verwaltung dazu, freiwillige Leistungen möglichst zu reduzieren.

Dies kann den Klimaschutz betreffen, wenn beispielsweise eine zentrale Energieberatung oder ein Klimaschutzbeauftragter zur Diskussion steht.

Wissensstand zum Klimaschutz: Unterschiedliche Kenntnisse und Einstellungen sowie langfristig eingeschlossene Routinen in den Kommunen können zu Fehleinschätzungen bei Verwaltung und Politik führen, bspw. in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit von Energieeffizienzinvestitionen im Gebäudebestand, in den öffentlichen Fuhrpark oder bei gewerblichen Produktionsabläufen.

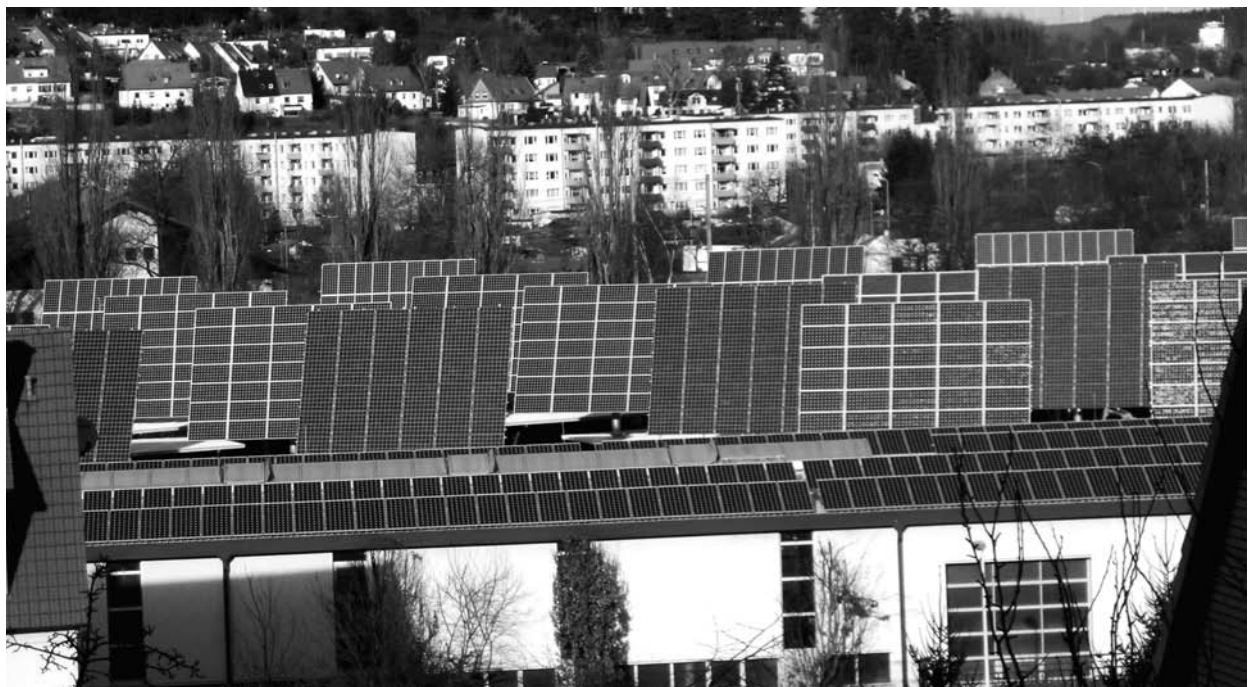
KOMMUNALES NACHHALTIGKEITSMANAGEMENT IM ENERGIEBEREICH

Um diese Hemmnisse überwinden zu können, stellt das kommunale Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich einen Lösungsansatz dar. Gemeint ist ein integriertes Management von sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekten des Klimaschutzes in der Stadtentwicklung durch eine indikatorengestützte Steuerung. Mit dem Ziel eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses umfasst das

MODELLVORHABEN KLIMASCHUTZ IN KOMMUNEN

Die Übertragung des Konzepts des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements auf den Energiebereich ist Gegenstand eines Modellvorhabens, das die Fachhochschule Erfurt im Rahmen eines Förderprojektes der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) in Kooperation mit dem Büro für zukunftsfähige Regionalentwicklung (bzt, Hattingen) in drei Modellstädten durchführt. Ausgangspunkt ist die These, dass durch verbesserte Kommunikation und Netzwerkmanagement eine effizientere CO₂-Minderungsstrategie verfolgt werden kann. Das Projekt läuft über drei Jahre bis Anfang 2011.

Für das Modellvorhaben wurden im Rahmen eines bundesweiten Wettbewerbs die drei Modellstädte Darmstadt (Hessen, ca. 130.000 EW), Eisenach (Thüringen, ca. 43.000 EW) und Rheinberg (NRW, 32.000 EW) ausgewählt, die sich ambitionierten Klimaschutzzielen stellen. Weiterhin beteiligen sich fünf assoziierte Städte: Alsfeld, Bad Wildungen, Viernheim (alle Hessen), Petershagen (Nordrhein-Westfalen) und Halle (Sachsen-Anhalt) an dem Projekt.



Bürgersolarpark in Eisenach (Foto: Stadt Eisenach)

Nachhaltigkeitsmanagement die folgenden – bei Bedarf wiederkehrenden – Schritte (vgl. Korczak 2007, Kreft 2005):

- ▶ SWOT-Analyse,
- ▶ Leitbilderstellung,
- ▶ Handlungs- und Maßnahmenprogramm,
- ▶ Controlling von Nachhaltigkeit in Beschlussvorlagen, Berichten, Planungen und Konzepten,
- ▶ Verknüpfung mit allen Planungen der kommunalen Verwaltung,
- ▶ Evaluation und Erfolgskontrolle anhand von Indikatoren und Berichten.

Strategien des Nachhaltigkeitsmanagements werden seit einigen Jahren intensiv diskutiert. Während jedoch die Umsetzung dieses Ansatzes in der Wirtschaft inzwischen bereits recht weit verbreitet ist, finden sich auf kommunaler Ebene nach wie vor erst einzelne Beispiele.

Alle Modellkommunen zeichnen sich dadurch aus, dass sie mit Blick auf den Klimaschutz eine Umweltentlastung anstreben, die über die gesetzlichen Vorgaben oder die bisher übliche Praxis hinausgeht:

- ▶ *Darmstadt:* 40 % Reduktion der CO₂-Emissionen pro Einwohner/in bis 2020 (Basisjahr 1990). Darmstadt beabsichtigt über dieses Ziel hinaus eine zusätzliche Minderung von 30 % bis zum Jahr 2050.
- ▶ *Eisenach und Rheinberg:* Festschreibung eines CO₂-Minderungsziels, das um 10 % über die Vorgaben des EU-Aktionsplans und einer Reduktion von 30 % (Basisjahr 1990) bis 2020 hinaus geht.

In dem Wettbewerb legten die Städte ihre heutigen und zukünftigen Klimaschutzaktivitäten, die Netzwerkstrukturen sowie das Vorhandensein und die Verankerung von Zielen und Vorhaben in Programmen (z. B. Leitbilder oder Ent-

wicklungskonzepte) und Strategien dar. Außerdem stellten sie die Notwendigkeit heraus, mittels einer moderierenden neutralen Stelle und innovativen Governanceansätzen die ambitionierten Klimaschutzziele umsetzen zu können.

Die ausgewählten Städte gehören unterschiedlichen Größenklassen an, um die Ergebnisse auch auf andere Städte und Gemeinden übertragen zu können. Sie liegen sowohl in West- als auch in Ostdeutschland und berücksichtigen damit die unterschiedlichen Ausgangssituationen und Anforderungen.

VORGEHEN UND KOMMUNIKATIONSSTRATEGIE IN DEN MODELLSTÄDTEN

Das Modellvorhaben umfasst vier Arbeitsphasen.

Phase 1 – Best-Practices und SWOT-Analyse: Eine Analyse von Best Practices für kommunales Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich ermöglicht einen Einblick, wie Fachnetzwerke (inklusive KMU) aufgebaut werden können und welche Akteure dabei eingebunden werden sollten. Die Recherche soll zeigen, wie sie mittels der Netzwerke



Ökostrom-Tram in Darmstadt (Foto: HEAG mobilo)

Maßnahmen, bspw. im Bereich der Mobilität, der energieeffizienten Bestandssanierung oder der Bauleitplanung, umsetzen konnten. Mit Hilfe der SWOT-Analyse sollen Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken in den drei Modellstädten identifiziert werden, um daraus Erfolgsfaktoren und Hemmnisse für ein Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich abzuleiten.

Phase 2 – „Lernender Leitfaden“: Die Ergebnisse aus der Analysephase sowie vorliegende Erkenntnisse aus anderen Projekten (u. a. Energie- und Klimatische bspw. in Heidelberg, Gütersloh und Münster, oder innovative Beratungs- und Serviceansätze z. B. AltbauPlus Aachen, Serviceagentur AltbauSanierung Düsseldorf, ProKlima Hannover) werden für einen „Lernenden Leitfaden“ ausgewertet. Dieser Leitfaden soll im Laufe des Projekts weiterentwickelt („lernend“) werden, auf andere Kommunen übertragbar sein und die Einführung des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements im Energiebereich unterstützen.

Phase 3 und 4 – Konzeption und Umsetzung der Kommunikationsstrategie: Für eine erfolgreiche Umsetzung in den Kommunen kommt der Kommunikation eine besondere Bedeutung zu. Sie sollte durch Information, Motivation und Aktivierung das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung in

den Kommunen (Unternehmen, Bürgerschaft und Verwaltung) schärfen und weiter ausbilden. Zudem trägt sie dazu bei, die nötigen Netzwerke aufzubauen und zu bündeln.

Die Kommunikationsstrategie fügt sich in Diskussionen über eine Good Governance und eine bürgerorientierte Verwaltungsmodernisierung ein (Sinning 2007). Als Ergebnis werden Erkenntnisfortschritte zum Thema „Lokale Governance-Formen für Klimaschutz in der Stadtentwicklung“ erwartet.

Die Umsetzung der Kommunikationsstrategie erfolgt durch die Netzwerkkoordinatoren in den drei Modellstädten. Pilotprojekte sollen unmittelbar einen Beitrag zum Klimaschutz in den Kommunen leisten. Die Beratung und das Coaching der Netzwerkkoordinatoren übernehmen die FH Erfurt und das bzr.

Ein wichtiges Element des Projekts ist die Koordination und Bündelung von privaten (v. a. kleinere und mittlere Unternehmen und Bürgerschaft), kommunalen und regionalen Akteuren und die Forcierung von partnerschaftlichen Aktivitäten im Bereich des Klimaschutzes. Diese Netzwerke sollen befähigt werden, nach Projektabschluss eigenständig und erfolgreich weiterzuarbeiten.

FAZIT UND AUSBLICK

Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich ist kein „Allheilmittel“, um die Defizite zur Umsetzung der kommunalen Energie- und Klimaschutzpolitik auszugleichen. Ziel ist aber, dass es als Motor und durch das indikatoren-gestützte Berichtswesen als ein Vehikel für eine kontinuierliche Verbesserung der kommunalen Strategien dienen kann. Transparenz über die städtischen und regionalen Akteure und Akteursnetze im Energiebereich herzustellen und die Kommunikation und Kooperation der Akteure zu intensivieren, sind wichtige Bausteine für den kommunalen Klimaschutz. Welche Potenziale der Ansatz hat, aber auch welche Restriktionen einem kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement im Energiebereich entgegenstehen, werden die drei Modellstädte im Rahmen des Projekts zeigen.

Heidi Sinning, Prof. Dr.-Ing., Leitung Fachgebiet Planung und Kommunikation, FH Erfurt / Inhaberin des Büros KoRIS Hannover

Guido Spohr, Dipl.-Ing., SRL, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Fachgebiet Planung und Kommunikation, FH Erfurt

LITERATUR

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (2007): Erneuerbare Energien in Kommunen optimal nutzen- Denkanstöße für die Praxis, Berlin.

IPPC (2007): 4. Sachstandsbericht der Zwischenstaatlichen Sachverständigen-gruppe für Klimaänderungen. Genf

Korcak, Dieter (2007): Nachhaltigkeitsmanagement – indikatoren-gestützte Steuerung zu mehr Lebensqualität, in: Sinning, Heidi (Hg.): Stadtmanagement. Strategien zur Modernisierung der Stadt(-Region). Dortmund, S. 93–105

Kreft, Holger 2005: Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement: Teil einer Strategie zur Entlastung des Bodens vom Besiedlungsdruck im Rahmen städtischer oder gemeindlicher Strukturentwicklung, in: Tomerius, Stephan; Löhr, Dirk (Hg.): Jahrbuch für Bodenpolitik. Berlin, S. 105–122

Sinning, Heidi (2007): Planungskommunikation und Nachhaltigkeit in der Stadt-, Regional- und Umweltplanung, in: Godemann, Jasmin; Michelsen, Gerd (Hg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis, 2. Aufl. Lüneburg, S. 274–286